

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckmaschinen: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Geschäftsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zulassung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., Die 11spaltige 37 mm breite Zeile 2 M., Auf Familienanzeigen, Einzelgen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 11spaltige 37 mm u. Breite 25%. Bezugsplätze laut Tarif. Unveränderte Auflage gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptredaktionsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unveränderte Schriftgröße werden nicht aufbewahrt.

Dauerbrand-Öfen
in reicher Auswahl zu billigsten Preisen — Bewährte Fabrikate
Siedelungs-Öfen
Florian Czockert's Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

KIOS
CIGARETTEN

Schokolade
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Um die Person des Reichskanzlers.

Völlige Umgestaltung der Kabinette im Reich und in Preußen.

(Eigene Meldung.)
Berlin, 24. Sept. Nachstern und preussischer Landtag nehmen in der nächsten Woche nach mehr als zweimonatlicher Sommerpause ihre Arbeiten wieder auf. Beide Parlamente werden sich zunächst mit der Neubildung der Kabinette beschäftigen und die eigentlichen parlamentarischen Arbeiten werden zunächst in den Hintergrund treten. Die Fraktionen beider Parlamente werden am Dienstag ihre Vorbereitungen für die Kabinettsbildung beginnen. Alle Kombinationen und Namensnennungen sind bis jetzt verfehlt. Nur eins steht fest, daß eine völlige Umgestaltung beider Kabinette bevorsteht. In welcher Weise eine Verteilung erfolgt, kann erst gesagt werden, wenn Mitte der nächsten Woche die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten sich beim Reichspräsidenten treffen werden, der mehr als je sich für eine Politik der Versöhnung und der Mittellinie einsetzt. Es scheint festzuhalten, daß das Zentrum sowohl in Preußen wie im Reich die Führung für sich beansprucht und bei der zukünftigen Wahl des Reichspräsidenten der Sozialdemokratie Unterstützung für die Wahl eines sozialistischen Reichspräsidenten machen will. Sowohl Birth wie Stegerwald dürften aus der politischen Arena verschwinden. Birth gilt auch in Zentrumskreisen als erledigt. Stegerwald hat ein starkes Ruhebedürfnis bekundet und will sich lieber später der liebengewonnenen Gewerkschaftsbewegung wieder widmen. Das Verschwinden Births hängt auch von der Stellung der Deutschen Volkspartei ab, in ihren Kreisen nimmt man an, daß Birth wenig Lust zeigen wird, mit der Rechten zusammenzuarbeiten.

Die Sozialdemokraten betonen zunächst daran, ihre alten Minister Braun und Severina wieder-gewählt zu sehen, wenn sie auch auf die Befehung des Landwirtschafts- und Kultusministeriums verzichten und Inneres und Volkswohlfahrt beanspruchen. Sie wollen Finanzen und Landwirtschaft der Deutschen Volkspartei in Preußen und Kultus dem Zentrum überlassen. Für das Reich beanspruchen die Sozialdemokraten Inneres und die sozialen Reformen und würden dem Zentrum Finanzen, Er-nährungsministeramt anbilligen, der Volkspartei das Reichere. Reichskanzler und preussischer Minister-präsident sollen mit keinem Ressort ver-bunden werden. Die Demokraten dürften nur ein Ressort erhalten, im Reich wird Wehr bleiben, in Preußen Fischerei. Für die ausstehenden Minister sind zum Teil andere Staatstellungen vorgesehn. Die Antiklerikale dürften im Reich den Sozialdemokraten, in Preußen dem Zentrum zufallen. Wegen einer Befehung dieser Ressorts durch die Deutsche Volkspartei streben sich die Sozialdemokraten, ein Teil von ihnen hat auch Ver-denken, das auswärtige Ressort von einem Volksparteiler ver-waltet zu sehen.

Die Deutsche Volkspartei gegen Angriffe der „Germania“.

Berlin, 24. Sept. Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, weist Angriffe der „Germania“ gegen Dr. Stresemann zurück. Es wird hervorgehoben, daß die „Germania“ den Sachverhalt entstelle, wenn sie behauptet, daß Dr. Stresemann in Stundenlanger Rede in Vorheim den Reichskanzler und den Ministerat angegriffen habe. Die Kritik an Dr. Birth sei nicht ausgesprochen worden, um bestimmte politische Absichten zu verfolgen, sondern sie stelle die allgemeine Ansicht dar, die auch von bekannten Persönlichkeiten der Zentrumspartei geteilt werde. Weiter hat Dr. Stresemann die Art und Weise, wie der Reichskanzler den Weismannschen Bericht verhandelt, scharf zurückgewiesen. Die „Germania“ suche darauf ab, den Kampf um Personen und Sitze in der Regierung führe. Demgegenüber wird festgestellt, daß bei den zweitägigen Verhandlungen der Reichstagsfraktion in Weidberg irrendene Frage die sich auf Personen oder auf Sitze in der Reichsregierung bezog, auch nicht mit einem Wort erörtert wurde, und daß die gesamten Verhandlungen der Fraktion und der Parteileitung sich lediglich darauf be-

zogen haben, deren grundsätzliche Stellungnahme fest-zulegen. Der Gedanke einer anderen Koalition als Voraussetzung für eine gedeihliche Fortentwicklung unserer politischen Verhältnisse stehe in der Deutschen Volkspartei so fest, daß es keinen maßgebenden Politiker der Partei gebe, der nicht bei einer etwaigen Regierungsabstimmung sofort auf die Mitwirkung seiner Partei verzichtet würde, wenn dies erforderlich wäre. Es wäre nicht denkbar, wenn dies bei allen Parteien der Fall wäre. Die „Germania“ schreibe es mit ihrer unverhohlenen Ausdrucksweise darauf absehen zu haben, den Gedanken einer breiteren Koalition im Reich zu zerstückeln und der voll-kommen nach links gerichteten Politik Dr. Births dadurch wieder zum Siege zu verhelfen.

Eine neue Abstimmung in Oberschlesien?

London, 23. Sept. „Evening Standard“ berichtet, daß der Vorschlag der Vertreter Italiens, Belgiens, Frankreichs und Chinas im Völkerbundsrat, denen die Behandlung der ober-schlesischen Frage übergeben wurde, nicht vor nächsten Monat erwartet werde. Die Vorschläge gehen dahin, daß eine neue Abstimmung in Oberschlesien statt-finden soll, da es heißt, daß die Stimmung unter der ober-schlesischen Bevölkerung gegen eine Teilung Ober-schlesiens immer härter werde. (W. T. P.)

Der polnische Aufständischenorden.

Dresden, 23. Sept. Die Warschauer Regierung hat für die ehemaligen Aufständischen einen Orden, das „Kreuz der Aufständischen“, geschaffen. Die Namen der Leute, die den zweiten Aufstand mitgemacht haben, sind jetzt für die Verleihung des Kreuzes einzureichen.

Birth über die deutschen Zahlungsschwierigkeiten.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rom, 24. Sept. Dr. Birth erklärte dem Berliner Vertreter des „Corriere d'Informa“, daß man nicht leugnen könne, daß die Schwierigkeiten der Reichsparteien gegen-über dem gegenwärtigen Kabinett eine ernste Gefahr für die Republik (?) bedeuten. Die Schwierigkeiten, die das Reich zu überwinden hat, sind ungemessen. Es wird daher unmöglich sein, die nächsten Zahlungen zu mit der-selben Leichtigkeit vorzunehmen, wie dies gelegent-lich der ersten Milliarde der Fall war. Man müsse sich daran erinnern, welchen tiefen Kurssturz die Mark infolge der Zahlung dieser ersten Milliarde durchzumachen hatte. Wenn Deutschland weiterhin in Gold zahlen müsse, so sei sein Bankrott unvermeidlich. Am Schluß dieser Unterredung gab der Minister der Offiziellen Ausdrück, daß Italien Deutschlands Ansprüche auf Oberschlesien unterstützen werde.

Verlängerung des holländischen Kredits?

Berlin, 24. Sept. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ erfährt, sind erfolgversprechende Verhandlungen im Gange, um eine Ein-ausgleichung des Fälligkeitsstermins der von Holland durch Vermittlung von Mendelssohn der Reichsbank gewährten Kredite zu erzielen. Diese Ver-handlungen bewegen sich im Rahmen der Besprechungen, die eine weitere Entwertung der Mark verhindern sollen.

Genf, 24. Sept. Der „Temps“ meldet, die deutsche Regierung habe auf Anfragen der Reparationskommission erwidert, daß sie auch auf die am 15. November und 15. Januar fälligen Goldzahlungen entsprechende Voraus-zahlungungen zu machen beabsichtige.

Die neue Konferenz Voucheur-Kathenau.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 24. Sept. Der „Temps“ meldet: Die neue In-sammenkunft zwischen Voucheur und Kathenau findet am 6. Oktober statt. Die Gewerkschaften der Nord-departements haben gegen das Wiesbadener Abkommen am Sonntag dem Minister Voucheur eine Verwahrung über-reicht in der sie des Abkommens, bei dem sie nicht gefragt worden sind, ablehnen.

Was fordert Bayern im Namen des bundesstaatlichen Prinzips?

Dr. Heim hat sich in seiner Rede in Zuntzenhausen an zwei bedeutenden programmatischen Grundfragen in der inneren Politik befaßt, zu einer Politik der Mitte und zur Revision der Weimarer Verfassung im bundesstaatlichen Sinne. Ueber die Notwendigkeit einer Politik auf mittlerer Linie führte er nach dem eingehenden Bericht seines Vorgesetzten, des „Bayerischen Kuriers“, u. a. folgen-des aus: „Wir Bayern wollen unsere Sache selbst be-stimmen. Wir rücken von den Extremen immer ab, von rechts und von links. Darüber müssen wir uns klar sein: in ein-witteilnehmendes Deklarieren lehnen wir nicht mehr zurück. Wir müssen eine Politik der Mitte haben. An der Schule schon haben wir gehört vom goldenen Mittelweg, so auch im Leben der Familie, so im Staatsleben. Schlichter Men-schen-verstand spricht aus diesem Grundab.“ In diesem Punkte trifft also Dr. Heim mit Dr. Stresemann zusammen. Der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der bairischen Be-völkerung über die bundesstaatliche Frage gab Dr. Heim mit den Worten Ausdruck: „Wenn heute abgestimmt würde, würden 70 Prozent des bairischen Volkes sagen: Was mit dieser Verfassung, was mit diesem Zentralismus und Unitarismus?“ In Uebereinstimmung mit dieser Grundansicht-ung der bairischen öffentlichen Meinung wird dem Grafen Verckenfeld in den Trauerreden der bairischen Volkspartei nachgerühmt, daß er ein überzeugter Anhänger des föderal-stischen Staatsgedankens sei, der, ebenso wie bei seinem Vorgänger die Reichskanzler der bairischen Politik gegen-über dem Reich bilden werde. Auch in Berliner Blättern ist von ihren bairischen Vertretern darauf hingewiesen worden, daß Graf Verckenfeld sich nicht bloß mit der grundsätzlichen Verleugnung des bundesstaatlichen Prinzips zu begnügen achtet, sondern entschlossen sei, im Sinne Dr. Heims und der bairischen Volkspartei auf eine Revision der Weimarer Verfassung hinzuwirken. In somit in der nächsten Zeit ein mit verhärtetem Nachdruck einsetzender bay-erischer Kampf um die Wiederannahme der einzelstaat-lichen Selbstständigkeit zu erwarten. In diesem es not-wendig, die Frage zu prüfen, wie sich im einzelnen die bundesstaatlichen Revisionsforderungen der führenden bay-erischen Kreise gestalten. Darüber hat man sich bis jetzt nicht über die Maintlinie im allgemeinen sehr wenig Kop-fzerbrechen gemacht, wie denn überhaupt die ernsthafte und gründliche Bekämpfung mit fädeidentischen Angelegenheiten nicht gerade eine Stärke der norddeutschen Presse ist. Am schlußend ist es in diesem Punkte mit der Berliner Presse befehle, über die ein bairisches Blatt im Verlaufe der letzten Woche äußerte, man müsse in Berliner demokratischen und sozialistischen Redaktionen über die Verhältnisse der Feuer-länder und Vorkämpfer besser Bescheid, als über die An-führer in Bayern, Württemberg und Baden.

An dem vorliegenden Falle braucht man nicht weit zu suchen, wenn man sich über die Art des von Bayern er-erbten neuen föderalistischen Aufbaues des Reiches unter-richten will. Der im September 1920 in Bamberg ab-geschlossene Parteitag der bairischen Volkspartei hat nämlich über die Währungsfragen, denen die Weimarer Verfassung im bundesstaatlichen Sinne unterzogen werden soll, eine Reihe von Richtlinien aufgestellt, in denen unter Betonung der unverbrüchlichen Reichstreue und mit der Erklärung, daß die Partei in der föderalistischen Ausgestaltung der Verfassung die eigentliche Bürgschaft des Wiederaufbaues und des Glückes des Reiches erblicke, im wesentlichen folgen-des verlannt wird: Die bundesstaatliche Form des Reiches ist verfassungsmäßig ausdrücklich festzulegen und die Wieder-einführung eines dem Reichstage als oberster gesetzgebender Rat solnerisch ins Auge zu fassen. Die einzelnen Staaten sollen ihre Staatsform und Staatsverfassung selbständig be-stimmen dürfen. Jede weitere Vereintrachtung der Selbst-ständigkeit der Staaten durch neue Gesetze und Verord-nungen ist zu vermeiden und der die politische Entrechtung bezeichnende Ausdruck Länder zu beibehalten. Die Reichs-gesetze sind durch die Einzelstaatsbehörden auszuführen. Die Einzelstaaten sollen das eigene aktive und passive Ge-ländschaftsrecht nicht bloß im Innern des Reiches, sondern

Die Explosions-Katastrophe in Oppau

veranlaßt uns, eine Sammlung zugunsten der Hinterbliebenen zu veranstalten. Nach den letzten Meldungen wird die Zahl der Toten auf etwa 500, die der Verwundeten auf 1000 geschätzt. Bei der Größe des Unglücks ist ganz Deutschland verpflichtet, bei der Vinderung der hierdurch erwachsenen ungeheuren Not mit zu helfen. Beiträge nehmen wir in unserer Geschäftsstelle, Marienstraße 38, oder unter genauer Angabe des Zwecks durch Ueberweisung auf unser Postcheckkonto 1068 Dresden an. Ueber die Eingänge wird fortlaufend in den „Dresdner Nachrichten“ quittiert. Verlag der „Dresdner Nachrichten“.